

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (6. Jahrgang, Nr. 11, November 2012)

Man kann Gott nicht nur mit Arbeit, sondern auch mit feiern und ruhen dienen. Deshalb hat er uns den Sonntag geschenkt.

Martin Luther

Scholz: "Die Stadt darf kein Lohndrücker sein"

Bürgermeister will noch in diesem Jahr 8,50 Euro Mindestlohn für städtische Beschäftigte

Hamburg. Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) will gegen Dumpinglöhne bei der Stadt vorgehen. "Nichts verletzt die Ehre so sehr, als wenn man den ganzen Monat Vollzeit arbeitet und am Ende immer noch öffentliche Unterstützung in Anspruch nehmen muss", sagte Scholz im Abendblatt-Interview. Der Senat werde noch in diesem Jahr Regelungen für einen Mindestlohn von 8,50 Euro für Beschäftigte der Behörden, Ämter, der öffentlichen Betriebe und der Auftragnehmer der Stadt beschließen und in die Bürgerschaft einbringen. "8,50 Euro pro Stunde - das ist nicht viel Geld. Wer den Mindestlohn bekommt, bekommt bitter wenig und kann keine großen Sprünge machen", so Scholz. Aber es sei "ein besserer Schutz gegen den freien Fall nach unten als die bisherigen Regelungen.

Bremen hat ein solches Gesetz bereits beschlossen, in Schleswig-Holstein laufen die parlamentarischen Beratungen. Dort soll ein Mindestlohn von 8,92 Euro gelten.

Ebenfalls noch in diesem Jahr will der Bürgermeister die Leiharbeitsrichtlinie auf städtische Betriebe ausdehnen: Demnach müssen Leiharbeiter das gleiche Entgelt erhalten wie die Beschäftigten der Betriebe, in denen sie arbeiten. "Die Stadt darf kein Lohndrücker sein", sagte Scholz.

Er reagierte damit auf Recherchen des Abendblatts, nach denen Menschen in Hamburg auf Hartz IV angewiesen sind, obwohl sie für ein städtisches Unternehmen arbeiten. Sie sind prekär beschäftigt, weil städtische Betriebe Geschäftszweige in Tochterfirmen ausgelagert haben, in denen sie niedrigere Löhne zahlen. So verrichten etwa die Beschäftigten der Wert GmbH, die der Stadtreinigung gehört, ähnliche Tätigkeiten wie die Mitarbeiter der Stadtreinigung selbst, erhalten aber bis zu 500 Euro weniger Gehalt. Scholz begründete dies damit, dass sich die Wert GmbH auf dem Wertstoffmarkt in einer Konkurrenzsi-

tuation befinde und an Ausschreibungen teilnehmen müsse. Entscheidend sei, dass „überall Tarifverträge gelten müssen“, sagte Scholz auch mit Blick auf den aktuellen Tarifstreit bei der Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten. "Das muss nicht immer der Tarif des öffentlichen Dienstes sein. Es kann auch in Ordnung sein, dass man nach einem Tarifvertrag der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten bezahlt wird." Die Vereinigung hatte den Hauswirtschaftsbe- reich in eine Tochterfirma ausgegliedert. Die Gehälter sind laut Ver.di bis zu 30 Prozent niedriger.

Der Bürgermeister versicherte, dass Hamburg an seiner Beteiligung von 25,1 Prozent an den Asklepios-Kliniken Hamburg festhalten werde. Der Konzern hat ebenfalls Töchter gegründet, die niedrigere oder sogar gar keine Tariflöhne zahlen. "Selbstverständlich ist es Sache der städtischen Vertreter, dafür Sorge zu tragen, dass Tarifverträge eingehalten werden. Darauf können wir hinwirken. Und das werden wir auch tun."

Als Fehlentwicklung der Hartz-Reformen bezeichnete Scholz die Tatsache, dass Leiharbeit mittlerweile zunehmend reguläre Beschäftigung verdrängt: "Das muss korrigiert werden." Scholz war zur Zeit der Agenda-Reformen SPD-Generalsekretär.

aus: „Hamburger Abendblatt“ vom 12.10.2012 (Von Volker ter Haseborg, Sven Kummereincke und Hanna-Lotte Mikuteit)

DAGS meint, das ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Doch wer im Rentenalter von seiner Rente leben will und nicht zusätzlich noch Sozialhilfe beantragen muss, der braucht mindestens einen Stundenlohn von 10,36 Euro brutto die Stunde. Das haben Versicherungsmathematiker errechnet.

Immer mehr Niedriglöhne

Jeder fünfte Beschäftigte in Deutschland arbeitet inzwischen für einen Niedriglohn. Die Zahl der Menschen, die weniger als 10,36 Euro brutto die Stunde verdienen, stieg von 18,7 Prozent im Jahr 2006 auf 20,6 Prozent in 2010, so das Statistische Bundesamt. Vorallem bei Taxifahrern, Friseuren und Reinigungskräften seien Niedriglöhne die Regel. 400- Euro-Jobber, befristet Beschäftigte und Leiharbeiter seien besonders oft von geringen Löhnen betroffen.

aus "Hinz und Kunzt", Oktober 2012

DAGS bleibt „am Ball“

Das Thema „prekäre Arbeitsverhältnisse“ bleibt aktuell

Im Informationsblatt Nr. 8 vom August 2012 hatten wir unter der Überschrift „Alles nur heiße Luft?“ davon berichtet, dass wir uns zum Thema „prekäre Arbeitsverhältnisse“ an die Präsidentin der EKD-Synode Frau Katrin Göring-Eckardt gewandt haben. Nun liegt uns ein Antwortschreiben vom 24.09.2012 vor, in dem es heißt: *„Als Ergebnis der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland zum kirchlichen Arbeitsrecht hat der Rat der EKD am 5. November 2011 beschlossen, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die Vorschläge entwickeln soll, welche rechtlichen und organisatorischen Veränderungen aufgrund der Rahmen- und Strukturbedingungen am Dritten Weg und in Bezug auf die Interessenvertretungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erforderlich und sinnvoll sind... Die Arbeitsgruppe wird am 1. Oktober 2012 zu ihrer abschließenden Sitzung zusammen kommen und im Anschluss die erzielten Arbeitsergebnisse dem Rat sowie der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vorstellen. Auf dieser Grundlage wird sich die diesjährige Herbstsynode der Evangelischen Kirche in Deutschland mit dieser Thematik weiter beschäftigen. Auch Ihre Einlassungen fließen selbstverständlich in den Diskussionsprozess mit ein.“* DAGS hat darum gebeten, uns ebenfalls die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zur Verfügung zu stellen.

Klaus-Rainer Martin

Zur im letzten Infoblatt veröffentlichten Mitteilung

Mitarbeitende haben in der Diakonie attraktive Arbeitsbedingungen

erhielten wir von unserem Leser Bernd Seguin einen Hinweis auf eine scharfe Reaktion von Verdi auf die zitierte Studie:

„Verdi bezeichnete die Studie hingegen als einen „untauglichen Versuch“, die Öffentlichkeit über die von der Gewerkschaft seit längerem kritisierten gravierenden Mängel im kirchlichen Arbeitsrecht hinwegzutäuschen. Beschäftigte in kirchlichen Einrichtungen seien „Arbeitnehmer minderer Rechte“ hieß es in einer Mitteilung der Gewerkschaft. Die angewendeten Arbeitsvertragsrichtlinien hätten lediglich empfehlenden Charakter, seien von den Beschäftigten nicht einklagbar, und Verstöße würden nicht sanktioniert. „Was die Diakonie mit dem Begriff Tarifbindung treibt, ist Etikettenschwindel“, sagte Bundesvorstand Ellen Paschke. Mit der Studie wolle die evangelische Kirche ihre willkürlichen Arbeitsrechtsregelungen salonfähig machen. Wer Tarifbindung meine, komme um das Tarifvertragsgesetz, die Koalitionsfreiheit und das Streikrecht und damit um die demokratische Beteiligung und echte Mitbestimmung der Arbeitnehmer nicht herum.“

(Aus der Internetseite

<https://www.bibliomed.de/news/-/content/detail/765371>)

Wie so oft in dieser Gesellschaft gibt es keine absolute Wahrheit. Wir müssen uns unsere eigene Meinung bilden. Wir werden das auch bei DAGS versuchen und demnächst darüber berichten.

Walter Hamann

Jedes Kind muss der Gesellschaft gleich viel wert sein

Evangelischer Wohlfahrtsverband fordert gleichmäßige soziale Mindestsicherung für Kinder und Jugendliche

Die Familienförderung in Deutschland trägt nach Ansicht der Diakonie nicht zur Armutsbekämpfung bei. "Nach den aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit lebt jedes siebte Kind in ärmlichen Verhältnissen. Noch prekärer ist die Situation von Alleinerziehenden. Dort lebten 40 Prozent der Kinder von Hartz-IV. Das ist ein unerträglicher Zustand in einem reichen Land wie Deutschland", kritisiert Maria Loheide, sozialpolitischer Vorstand der Diakonie Deutschland anlässlich des Weltkindertages.

Kritisch sieht die Diakonie, dass der Familienlastenausgleich Eltern mit höheren Einkommen mit bis zu 304 Euro monatlich stärker entlastet als Eltern mit mittleren oder geringen Einkommen, die lediglich vom Kindergeld profitierten.

Bei Kindern im Grundsicherungsbezug sei die Förderung am niedrigsten und liegt bei 219 bis 287 Euro. "Die stärkste Förderung erfahren Paare ohne Kinder mit nur einem Erwerbseinkommen durch das Ehegattensplitting. Hier muss sich dringend etwas ändern. Daher fordern wir eine soziale Mindestsicherung für Kinder und Jugendliche. Jedes Kind muss der Gesellschaft gleich viel wert sein", betont Loheide.

aus: Pressestelle Diakonie, 20. September 2010

"Wir wünschen uns 100 Prozent"-Mitarbeitervertretungen in der Diakonie

Für neun von zehn Diakonie-Mitarbeitenden in Hamburg gibt es Mitarbeitervertretungen (MAV). Die nächsten Wahlen sind turnusgemäß Anfang 2014. Einrichtungen ohne MAV sollten aber schon jetzt tätig werden, rät der Landesverband. Denn das Gesetz lässt keinen Zweifel: In Dienststellen mit mindestens fünf Mitarbeitenden ist eine MAV vorgesehen. Und die Leitungen müssen von sich aus aktiv werden, damit die MAV zustande kommt.

aus: „Diakonie-Report“ von Deltlev Brockes

Für Eure/Ihre schriftliche und verbale Unterstützung unserer Arbeit und unserer Themen danken wir sehr. Trotzdem ist es für uns wünschenswert, dass Themen und Diskussionsbeiträge von „Außen“ eingebracht werden. Noch besser wäre es natürlich, wenn uns Beiträge zugesandt würden, die wir veröffentlichen könnten. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.

Beiträge und Anregungen bitte an mathias.mees@web.de

Unsere nächsten Treffen sind am 15. Oktober 2012, am 12. November 2012 und am 7. Januar 2013 jeweils um 18.00 Uhr im Rauhen Haus (Altenheim-Haus Weinberg)

Wir sind der Tempel des lebendigen Gottes.

(Monatsspruch November 2012 aus 2. Kor. 6, 16)

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg